

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Zur Genesis der französischen Participation

I

Der Begriff *Participation*, seinem Inhalt nach keineswegs identisch, aber doch in gewisser Weise verwandt mit der deutschen *Mitbestimmung*, ist erst nach der diesjährigen Mai-Revolte in Frankreich auch bei uns publizistisch aufgegriffen worden. Die Vermutung läge nahe, daß diese *Participation* etwa ein Kind jener revolutionärer Gruppen sei, die eben in diesen Mai-Wochen das Regime *de Gaulles*, ja den französischen Staat, bis ins Mark erschüttert hatten.

Geht man den Spuren aber nach, so ist der Ursprung der *Participation* — in wörtlicher Übersetzung: Teilnahme oder Beteiligung — bei de Gaulle selbst und in Kreisen der Linksgaullisten zu suchen.

De Gaulle als einen Sozialisten zu bezeichnen wäre allzu kühn, jedoch scheint er sich nicht erst jetzt für wirtschaftliche Fragen zu interessieren. 1947, in einer Rede in Straßburg, hat sich de Gaulle zum ersten Male in der gewohnt unverbindlichen Weise zu sozialen Reformen geäußert. Er sagte dort: „Eine menschliche Lösung der Sozialfrage auf französischer Basis ergibt sich in einer würdigen und fruchtbaren Zusammenarbeit von all jenen, die im Rahmen ein und desselben Unternehmens ihre Arbeit, ihre Technik, ihre Güter zusammenlegen und die sich daher als offen und ehrenhafte Aktionäre den Gewinn und das Risiko teilen sollten.“

Während er zu jener Zeit offenbar nur die materielle Seite einer Beteiligung der Arbeitnehmer im Blickwinkel hatte, schrieb de Gaulle 1954/55 in seinen Memoiren: „Mein Plan geht noch weit über diese Reformen materieller Natur hinaus. Er sieht vor, der Arbeiterschaft innerhalb der nationalen Wirtschaft eine Verantwortung zu übertragen, die sie über ihre bisherige Rolle hinaushebt. Sie — die Arbeiterschaft — soll am Geschäftsgang der Unternehmen teilnehmen, Arbeit und Kapital sollen gleichberechtigt sein. Die Einkommen der Arbeitnehmer sollen wie die der Aktionäre dem Ertrag entsprechen“. Ob und inwieweit sich de Gaulle in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre von den gesetzgeberischen Maßnahmen der Bundesrepublik auf dem Gebiete der Mitbestimmung hat inspirieren lassen, ist heute kaum mehr festzustellen.

Kurz nachdem de Gaulle die Macht übernommen hatte, erfolgte der erste Schritt zu einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital bzw. an der *Selbstfinanzierung* und am Wachs-

tum der Produktivität (Dekret vom 7.1.1959). Diese Beteiligung war freiwillig und aus diesem Grunde ist auch nur ein verschwindend kleiner Teil der Unternehmer der Anregung des Staatschefs gefolgt.

Participation im Verständnis de Gaulles hat im Grunde zwei Komponenten, eine materielle (eine modifizierte Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensertrag), zum anderen aber auch eine immaterielle Komponente, nämlich eine Beteiligung, oder besser, eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer am *Unternehmensgeschehen*.

Die damals schon geltenden, gesetzlichen Regelungen einer Beteiligung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften in der Gesamtwirtschaft und im Einzelunternehmen basieren auf der Präambel der französischen Verfassung von 1946, auf die sich auch die Verfassung von 1958 bezieht. Dort wird ausdrücklich das Recht der Teilnahme der Arbeitnehmer durch ihre Vertreter verankert. Diese erstreckt sich auf den überbetrieblichen Bereich (im Wirtschafts- und Sozialrat), auf die Verwaltungsräte der nationalisierten Unternehmen und auf die privaten Aktiengesellschaften, wobei zu bedenken ist, daß in den Verwaltungsräten der französischen Aktiengesellschaften im wesentlichen jene Funktionen zusammengefaßt sind, die nach dem deutschen Aktienrecht vom Vorstand und vom Aufsichtsrat getrennt wahrgenommen werden.

In keinem der genannten Gremien gibt es eine Parität zwischen Kapital und Arbeit, wie in der deutschen Montan-Mitbestimmung, sondern eine Triparität. Demgemäß ist auch der tatsächliche Einfluß der Arbeitnehmer gering.¹⁾ Sehr wahrscheinlich ist, daß de Gaulle's Vorstellungen der *Participation* auch von *Francois-Bloch-Lainé* beeinflusst sind. Bloch-Lainé leitet seit 1953 das bedeutendste staatliche Finanzinstitut, die Caisse des Depots, er spielt auch eine wichtige Rolle bei der *Planification*. De Gaulle hat Bloch-Lainé wiederholt — allerdings erfolglos — die Leitung des Finanzministeriums angeboten. Bei schwierigen wirtschaftspolitischen Fragen hat sich de Gaulle verschiedentlich bei Bloch-Lainé Rat eingeholt.

1963 hat Bloch-Lainé sein Buch: „*Pour une Reforme de L'Entreprise*“ veröffentlicht. Die Überlegungen Bloch-Lainé's sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil es sich hier nicht um die Ideen eines Einzelgängers handelt, er hat seine Konzeption einer Unternehmensverfassung mit Professoren, Gewerkschaftsführern, Unternehmensleitern und hohen Beamten diskutiert. Bloch-Lainé's Ideen sind insbesondere 1964 auf Kongressen der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften stark beachtet

1) Eine ausführliche Darstellung des Arbeitnehmereinflusses in Frankreich gibt Gerhard Leminsky in seinem Buch: „Der Arbeitnehmereinfluß in englischen und französischen Unternehmen“, erschienen in der Schriftenreihe der Hans-Böckler-Gesellschaft, Köln 1965.

worden. Bei den Grundgedanken, auf denen eine neue Verfassung, insbesondere der Großunternehmen, ausgerichtet werden muß, stellt Bloch-Lainé drei Prinzipien heraus:

1. Trennung wirtschaftlicher und politischer Macht;
2. Autonomie des Unternehmens in einer geplanten Wirtschaft;
3. Pluralismus der Unternehmenskontrolle, Einheitlichkeit der Unternehmensleitung.

Die Grundprinzipien Bloch-Laine's decken sich weitgehend mit den deutschen Vorstellungen einer Unternehmensverfassung, wenn auch einige Nuancen unterschiedlich betont sein mögen.

II

Wie stehen nun die französischen *Gewerkschaften* zur *Participation*? Die französischen Gewerkschaften sind Richtungsgewerkschaften, ihre Leitbilder sind weltanschaulich ausgerichtet. Der überwiegend kommunistisch ausgerichtete CGT, zahlenmäßig der stärkste Verband, strebt die Aufhebung des Privateigentums auf dem Wege des Klassenkampfes an. Der Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern ist in diesem Sinne radikal (*absolument oppose*). Im pragmatischen Handeln ist aber für den CGT durchaus Kooperation mit dem Kapitalismus möglich, um bestimmte Ziele auf dem Wege zum Umsturz des gegenwärtigen Systems durchzusetzen. Eine Kollaboration mit der kapitalistischen Klasse ist für den CGT aber unmöglich. Daher ist auch Mitbestimmung für den kommunistischen Gewerkschaftsverband nichts weiter als eine „hohle Phrase“.

Die an Mitgliedern zweitstärkste Gewerkschaft, die CFDT (vor einigen Jahren hatte sie als CFTC das zweite C = christlich, durch ein D = demokratisch, ersetzt) orientiert sich in der Hauptsache an der katholischen Soziallehre. Diese Gewerkschaft bejaht im Prinzip das Privateigentum, will aber das herkömmliche Lohnarbeitsverhältnis sprengen und strebt eine Entproletarisierung der Arbeitnehmer an.

Die drittgrößte Gewerkschaft, die FO (Force ouvrière) hat ein freiheitlich-sozialistisches Leitbild. Sie lehnt zwar auch, wie die CGT (von der sie sich 1947 abgespalten hat) die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ab, will aber im Gegensatz zur CGT die anzustrebende neue Ordnung, nämlich eine Wirtschaftsdemokratie und eine demokratische Planung auf evolutionärem Wege erreichen.

Während die CGT während der französischen Mai-Unruhen — und zwar mit vordergründigem Erfolg — versucht hat, die allgemeine Aufstandsbewegung in einen massiven Lohnstreik umzufunktionieren, hat die CFDT, oft in gemeinsamen Aktionen mit den

Studenten, die gesellschaftspolitischen Forderungen stärker herausgestellt. *Gustave Stern*²⁾ berichtet von übereinstimmenden Aussagen französischer Arbeiter: „Die sozialen Bedingungen sind schlecht, die Löhne sind im Durchschnitt geringer als in einigen anderen europäischen Ländern; aber was uns am meisten betrifft, ist die Tatsache, daß wir in den Betrieben nichts zu sagen haben, daß wir manipuliert und mißachtet werden.“

Besondere Aktivitäten der FO sind während der Mai-Unruhen nicht bekannt geworden, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, daß diese Gewerkschaft im Schwergewicht eine Angestellten- und Beamtenengewerkschaft ist.

III

Im Aufdecken der Spuren der *Participation* in ihrer *materiellen* Erscheinungsform muß noch einmal das Rad der Zeit zurückgedreht werden. Ende 1965 hatte der Linksgaullist *Vallon* im Parlament eine Entschließung durchgesetzt, wonach die Regierung verpflichtet wurde, noch vor dem 1. Juli 1966 einen Gesetzentwurf zur Beteiligung der Arbeiter am reinvestierten Gewinn vorzulegen. Es hat dann aber doch noch ein Jahr gedauert, bis ein „materieller Teilplan“ der *Participation* Gesetz wurde und dies gegen eine starke Opposition in der eigenen Partei, gegen den Widerstand der Unternehmer und gegen den Protest der sozialistischen *Fédération de la Gauche*, die jede andere Maßnahme, außer Mitbestimmung, als Morphiumspritze bezeichnete.

Eine Schlüsselfigur bei den Bemühungen um die Verwirklichung der *Participation* ist zweifellos Professor *Rene Capitant*, Linksgaullist, bis Juni 1968 Abgeordneter der Nationalversammlung, dort Vorsitzender des Rechtsausschusses. *Capitant* hatte schon 1967 in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*³⁾ — skizzenhaft seine Konzeption der *Participation* entwickelt. Er sagte damals in seinem Interview unter anderem: „Wir wollen das kapitalistische System reformieren. Wir wollen die Lohn- und Gehaltsempfänger an ihrem Unternehmen, das heißt an der Kontrolle und am Gewinn beteiligen. Wir wollen eine Art Selbstverwaltung in den Betrieben, nicht ausschließlich eine Selbstverwaltung der Arbeitnehmer, wie in Jugoslawien, sondern eine Selbstverwaltung aller Elemente, aus denen ein Betrieb besteht: Arbeitskraft, Kapital und Direktion.“

Im weiteren Verlaufe des Interviews sagt *Capitant*: „De Gaulle wird *Pompidou* zwingen, ihm zu folgen. Das kapitalistische Regime in Frankreich wird in seiner gegenwärtigen

2) Gustave Stern: "Die Mairevolution in Frankreich",

GM 7/1968, S. 385 ff. 3) Der Spiegel, Nr. 17/1967, S. 136 S.

tigen Gestalt nicht dauern. Denn der französische Kapitalismus ist viel weniger stark als etwa Ihr deutscher Kapitalismus. Und unsere Arbeiterklasse ist viel kämpferischer als die Ihre. Sie wird ganz schnell angreifen. Schon jetzt haben wir in Frankreich große soziale Konflikte. In der Zukunft werden wir noch größere haben, wenn sich nichts ändert."

Zunächst änderte sich nichts, und die Position des Premiers Pompidou, dem Capitant vorwirft, den Gaullismus auf dem Weg der sozialen Reaktion geführt zu haben, blieb zunächst unangefochten. Knapp ein Jahr später trat aber das ein, was Capitant vorhergesagt hatte. Capitant selbst tritt in das nach den Mai-Unruhen umgebildete Kabinett Pompidou als Justizminister ein. In der seit Juli amtierenden Regierung des Ministerpräsidenten *Couve de Murville* ist Capitant wiederum Justizminister.

De Gaulle hat die Wahl und hat Zeit gewonnen, nicht zuletzt mit der indirekten Schützenhilfe der französischen KP. Und wenn der Generalspräsident und sein Kabinett es auf ein Versäumnisurteil der Geschichte ankommen lassen werden, dann könnte dem unruhigen Frühjahr ein unruhiger Herbst 1968 folgen.

Erhard Käfler

Zum Selbstverständnis der französischen Gewerkschaften

In der modernen Industriegesellschaft ist die Wirtschaftsdemokratie der Produzenten direkter als die politische Demokratie, wo das Volk nur in großen Intervallen auf die Zusammensetzung gesetzgebender Gremien oder (in Ländern mit direkter Präsidentenwahl) auf die Nominierung des Staatsoberhauptes unmittelbar einwirken kann. In der Wirtschaftsdemokratie sind Urabstimmungen der Arbeiter, Kontakte zwischen Wählern und den in Betriebsräten Gewählten, Konfrontationen der Sozialpartner häufiger, wenn nicht alltäglich.

Deshalb können auch Meinungsumfragen zur Feststellung der Willensbildung in der Arbeiterschaft eine besondere Bedeutung für die Organe der Wirtschaftsdemokratie, die Gewerkschaften, gewinnen. Frankreich, das uns 1968 einige Überraschungen bot, hatte auch die Erfahrung gemacht, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft nicht mit den scheinbar erheblichen Zugeständnissen einverstanden war, die die Regierung den Gewerkschaften nach den Mai-Unruhen machte.

Kurz vor den Ereignissen im Mai 1968 führte eine sozialwissenschaftliche Mannschaft unter Leitung von *Claude Durand* und mit Unterstützung der beiden großen französischen Forschungsorgane *Centre National de la Recherche Scientifique* (CNRS) und *Délégation Générale à la Recherche Scientifique et Tech-*

nique (DGRST) eine Meinungsumfrage unter Gewerkschaftern durch¹⁾. Befragt wurden in entsprechenden Proportionen passive und aktive Mitglieder der Gewerkschaften:

Confédération Générale du Travail (CGT) mit 1,3 bis 1,5 Millionen Mitgliedern, bei denen mehr oder weniger Tendenzen zum Kommunismus beobachtet werden können,

Confédération Générale du Travail — Force Ouvrière (CGT-FO) mit 400 000 bis 600 000 Mitgliedern, die vorwiegend demokratisch-sozialistische Tendenzen haben,

Confédération Française Démocratique du Travail (CFDT) mit 50 000 bis 100 000 Mitgliedern; sie ging bei einer Spaltung aus dem christlichen Gewerkschaftsverband CFTC (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens) hervor und steht der linkssozialistischen Partei PSU nahe; trotz ihrer juristisch umstrittenen Situation zählt sie offiziell zu den repräsentativen Gewerkschaftsorganen,

Confédération Générale des Cadres (CGC) mit etwa 150 000 Mitgliedern, die zum Führungskader der französischen Wirtschaft gehören,

Fédération de l'Education Nationale (FEN) mit 420 000 Mitgliedern. Diese gut organisierte und politisch rege Lehrgewerkschaft ist die einzige Fachgewerkschaft in Frankreich, die nicht von den politischen Spaltungen der Arbeiterorganisationen berührt wurde.

Claude Durand mußte bei seiner Meinungsumfrage nicht nur die Pluralität des französischen Gewerkschaftswesens berücksichtigen, sondern auch die politische Vielfalt in der französischen Unternehmensstruktur, wo patriarchische Unternehmer in der Lokalpolitik, ein starker „Privatkapitalismus“ in der Nationalpolitik erhebliche Einflüsse haben, wo nicht zuletzt der Staat in einigen Wirtschaftszweigen als Monopolunternehmer, als Arbeitgeber in einer umfangreichen Verwaltungsorganisation und schließlich als Eigentümer verstaatlichter Unternehmen auftritt.

Beachtet wurden bei der Umfrage auch Einkommensunterschiede der Gewerkschafter, die Konjunkturlage ihrer Betriebe (Expansion und Regression), die Produktionsorientierung (für Konsum oder Ausrüstung), die Verhandlungsverhältnisse zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer.

Als die Ergebnisse dieser Studie im Juni 1968, also unmittelbar nach der „Mai-Revolution“, veröffentlicht wurden, zeigten sich zugleich auch die Schwächen der Untersuchungsmethode. Ebenso wie die verantwortlichen Sekretäre aller Gewerkschaften die Haltung der Arbeiterschaft unrichtig eingeschätzt hatten, so

1) Claude Durand, Eliane Baumfelder, Sabine Erbes-Seguín, Daniel Vidal: *L'Action syndicale*. Sondernummer der Zeitschrift *Sociologie du Travail*, 10. Jg., Nr. 2/68. Editions du Seuil, Paris, April—Juni 1968. 119 Seiten, 9,50 F.

schenkten auch die Sozialwissenschaftler bei ihrer Untersuchung der Altersgliederung, dem Bildungsstand und der geographischen Streuung der befragten Gewerkschafter kaum Beachtung. Doch gerade diese Faktoren waren beim Generalstreik im Mai 1968 sehr wichtig. (Die Redaktion der Zeitschrift „Sociologie du Travail“ hat in einem Begleitzettel zu dem Werk zugesagt, neue Untersuchungen mit den neuen Perspektiven durchzuführen.)

Angesichts der Pluralität in der Arbeiter- und in der Unternehmerorganisation entwarfen die Verfasser einen Katalog, in dem gewerkschaftliche Ideologien und Aktionen in einem Ziffer-Lettern-System verbunden werden:

- 1: Gewerkschaftskonzepte mit Vertretung von Gruppeninteressen ohne Kampfposition,
- 2: Gewerkschaftskonzepte mit der Vertretung von Gruppeninteressen gegenüber Unternehmer und Staat,
- 3: Gewerkschaftskonzepte mit allgemeiner Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Mit diesen Ziffern wurden sechs Aktionsmethoden der Gewerkschaften folgendermaßen aufgegliedert:

A 1: Das in Frankreich bedeutungslose Zunft-Gewerkschaftssystem ohne politische Stellungnahme,

B 1: Das Gewerkschaftswesen zur Verteidigung unmittelbarer wirtschaftlicher Interessen (Löhne, Schutz vor Arbeitslosigkeit u. ä.),

B 2: Das klassenüberzeugte Gewerkschaftswesen im Kampf gegen Ausbeutung und Kapitalistenprofit,

C 1: Das Gewerkschaftswesen der Verteidigung beruflicher Interessen beim sozialen Aufstieg der Mitglieder,

C 2: Das Gewerkschaftswesen im Dialog mit dem Sozialpartner (Bargaining-Typ),

C 3: Das Gewerkschaftswesen mit Tendenzen inner- oder überbetrieblicher Mitbestimmung und der wirtschaftspolitischen Programmierung.

Nach diesem Schema wurden bei der Umfrage in der Mitgliedschaft der französischen Gewerkschaften folgende Standorte festgestellt:

CGT CFDT FO CGC FEN

	CGT	CFDT	FO	CGC	FEN	
A 1	2%	2%	6%	7%	—	3%
B 1	18%	11%	21%	—	10%	16%
B 2	51%	6%	10%	—	33%	33%
C 1	8%	10%	24%	14%	10%	10%
C 2	7%	25%	16%	24%	13%	14%
C 3	13%	45%	21%	55%	33%	25%

Am deutlichsten wird in der CGT und im Lehrerverband die Gewerkschaft als ein Organ des Klassenkampfes verstanden. Die Lehrer

zählen aber gleichzeitig auch mit der CFDT und dem Kaderverband CGC zu denen, die in der Gewerkschaft ein höher entwickeltes Instrument der Teilhabe an der Wirtschaftspolitik sehen. Bei der FO überwiegt das Interesse an der Verteidigung beruflicher Interessen ihrer Mitglieder (die zum größten Teil Beamte und Angestellte sind). Nur bei der CFDT und bei CGC kann man eine stärkere Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Sozialpartner feststellen.

Insgesamt ist das französische Gewerkschaftswesen in erster Linie auf den Klassenkampf ausgerichtet (33%). An zweiter Stelle steht mit 25 % der Wille, die Gewerkschaft zu einer mitbestimmenden Instanz der französischen Wirtschaftspolitik zu machen.

Wahrscheinlich werden die Mai-Ereignisse diese beiden Richtungen in der französischen Arbeiterschaft noch stärker prägen. Es ist auch zu erwarten, daß es quer durch alle Gewerkschaften immer deutlicher zu Meinungsunterschieden zwischen der technisch und politisch besser gebildeten Arbeiterjugend, zusammen mit dem wissenschaftlich geschulten Kader der Arbeiterschaft, in den Großstädten auf der einen Seite und den älteren Arbeitern, die der technischen Entwicklung nur mit Mühe folgen können, besonders in den weniger modernisierten Arbeitsbereichen, auf der anderen Seite kommen wird. Die Ergebnisse künftiger Untersuchungen können wir deshalb mit Spannung erwarten. Sie dürften auf jeden Fall — und nicht nur für Frankreich — Aufschlüsse über Bereitschaft und Vermögen der organisierten Arbeiterschaft bei der Gestaltung einer modernen Wirtschaftsdemokratie geben.

Die Repräsentativ-Umfrage wurde in vier Aufsätzen ausgewertet. *Claude Durand* lieferte einen Bericht über „die beruflichen und wirtschaftlichen Merkmale der gewerkschaftlichen Aktion“. *Eliane Baumfelder* beschrieb Forderungen der Gewerkschaft zur Arbeitszeit, zur Arbeitsorganisation und zur Beschäftigungspolitik. *Sabine ErbesSeguin* gab einen Überblick „von den Aktionszielen zur Gewerkschaftsstruktur“, wobei die Einwirkung des militanten Gewerkschafters auf die Aktionstypen der Gewerkschaft besonders berücksichtigt wurde. *Daniel Vidal* behandelte „gewerkschaftliche Ideologie und Aktionstypen“. Er beschäftigte sich auch in einem weiteren Beitrag kritisch mit Literatur über Gewerkschaften. Sieben Besprechungen neuerer französischer Bücher über Gewerkschaftsfragen runden das Gemeinschaftswerk ab.

Eine differenzierte Analyse der gewerkschaftlichen Aktion ist in dieser Art nur unter den spezifisch französischen Umständen möglich. Aber Frankreich kann auch, gerade mit der klaren Vielfalt seiner sozialpolitischen Elemente, als Laboratorium für Europa dienen.

Werner Plum

Renaissance des Anarchismus?

Niemand hat auf Seiten der Linken die Entwicklung des Sowjetkommunismus präziser vorausgesagt als die Anarchisten. *Peter Kropotkin* richtete kurz vor seinem im Jahre 1921 erfolgten Tode — *Lenin* lebte noch — aus Rußland eine „Botschaft an die Arbeiter des Westens“, in der er vor der „ungeheuren Bürokratie“ warnte, die in Rußland im Entstehen begriffen sei, und prophezeite: „Ich bin der Ansicht, daß dieser Versuch, auf höchst etatistischer Basis und unter dem eisernen Gesetz der Diktatur einer Partei eine kommunistische Republik zu errichten, mit einem großen Fiasko endet. Rußland lehrt uns, wie der Kommunismus sich nicht durchsetzen kann.“

Gleichzeitig hatte der deutsche Anarchist *Rudolf Rocker* in einem Buch über „Die Bankrotte des russischen Staatskommunismus“, die angebliche Diktatur des Proletariats als die Diktatur einer Partei denunziert, die sich auf die Gegenwart der Bajonette stütze: „Unter der Diktatur des Proletariats hat sich in Rußland eine neue Klasse entwickelt, die Kommissarokratie, deren Unterdrückung die Massen ebenso fühlen wie einst die der Machthaber des Régime.“

Der russische Anarchist *Volin* faßte in seinem Buch über die Russische Revolution zusammen: die sowjetische Form des Kommunismus führe zu einem Staatskapitalismus, der auf der Ausbeutung der Massen beruhe und der „mit dem Fortschritt der Menschheit zur sozialistischen Gesellschaft überhaupt nichts zu tun hat“. Die Folge werde „unausweichlich die Unterdrückung der Rede- und Pressefreiheit, jeder Organisations- und Handlungsfreiheit, selbst für die Revolutionäre“ sein.

Das Wort „Anarchie“ meint das Fehlen von Autorität und Herrschaft, politisch also vor allem einen Zustand, der keinen Staat und keine Regierung im hergebrachten Sinn mehr kennt. Der Anarchismus ist die extremste Form der politischen Freiheitsphilosophie, er wendet sich gegen jede Autorität von oben und gegen jeden politischen Dogmatismus, der die Menschen und ihre Gesellschaft in das Schema einer das Glück verheißenden Theorie zwingen will. Er kämpft zwar ebenfalls, wie die Sozialisten und Kommunisten, gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und damit gegen die Diktatur des Privateigentums im Kapitalismus, aber noch wichtiger ist für ihn der Kampf gegen die Herrschaft des Menschen über den Menschen.

Dieser Freiheits-Absolutismus hat die Anarchisten von allem Anfang an zu erklärten Gegnern von *Marx* und des Marxismus werden lassen. Der russische Anarchist *Michail Bakunin* anerkannte zwar die großen Verdienste von *Marx* um den Sozialismus, aber schon 1868 — ein Jahr nach Veröffentlichung

von *Das Kapital* — erklärte er: „Ich verabscheue den Kommunismus, weil er die Negation der Freiheit ist, und weil ich mir nichts Menschenwürdiges ohne die Freiheit vorstellen kann. Ich bin deshalb nicht Kommunist, weil der Kommunismus alle Macht der Gesellschaft im Staat konzentriert. . . Ich wünsche die Organisation der Gesellschaft und des kollektiven und sozialen Eigentums von unten nach oben auf dem Weg über die freie Assoziation . . .“ Und schon ein halbes Jahrhundert vor der russischen Oktoberrevolution prophezeite *Bakunin*, „die Errichtung einer Diktatur nach den Vorstellungen von *Marx* würde genug sein, die Revolution zu töten“, da „keine Diktatur ein anderes Ziel haben kann als so lange wie möglich zu dauern“. Die angeblich vorübergehende Diktatur werde zur Bildung einer Regierungsaristokratie führen, „die unter dem Vorwand des Allgemeinwohls, oder um den Staat zu retten, von neuem mit der Ausbeutung und Unterwerfung beginnt“.

Vollends prophetisch erscheint — auf dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in der *Tschechoslowakei* — *Bakunins* Voraussage des Schicksals einer russischen Revolution, die sich auf den Staat *Peter des Großen* stützen würde: „Man kann das Etikett wechseln, das unser Staat trägt..., aber im Grunde bleibt er immer der gleiche.“ Wenn man diesen Staat nicht zerstöre, müsse man sich „mit der schändlichsten und fürchterlichsten Lüge, die unser Zeitalter hervorgebracht hat..., versöhnen: der roten Bürokratie. — Nehmt den radikalsten Revolutionär und setzt ihn auf den Thron aller Russen..., und ehe ein Jahr vergeht, wird er schlimmer als der Zar selbst geworden sein.“ Geschrieben 1870, neun Jahre vor der Geburt von *Stalin* ...

Es ist verständlich, daß in einem Augenblick, in dem der Marxismus in seiner sowjetischen Form sich endgültig als eine reaktionär-konterrevolutionäre Bewegung demaskiert hat und in dem auch unser westlicher Parlamentarismus und unser Spätkapitalismus in eine arge Strukturkrise geraten sind — daß in einem solchen Augenblick der politisch engagierte Teil unserer Jugend altes anarchistisches Gedankengut zu neuem politischem Leben zu erwecken beginnt. Die politischen Theorien der radikalen, „antiautoritären“ Studentengruppen sind eindeutig vom Anarchismus geprägt. Dasselbe gilt von der Philosophie des Mannes, der diese Studentengruppen bisher wohl am stärksten zu beeinflussen vermochte: einiges an *Herbert Marcuses* Gedanken erinnert geradezu an die Philosophie des extremen Anarchisten *Max Stirner*. So ist es denn durchaus gegeben, von einer Renaissance des Anarchismus zu sprechen, und manches spricht dafür, daß wir erst an deren Beginn stehen. Freilich eignet der Anarchismus sich schlecht für eine politische Bewegung — der internationale Anarchistenkongreß, der vor kurzem in Carrara stattfand,

endete denn auch mit einer Spaltung zwischen „Alten“ und „Jungen“ — und gemeint ist nur ein Wiederbeleben anarchistischen Gedankenguts.

Hier tut sich freilich eine neue Gefahr auf. Obgleich die Theorien der Anarchisten nicht auf einen Nenner zu bringen sind, droht hier ein neuer Gegen-Dogmatismus. Ferner ist vieles an den Theorien der Anarchisten naiv und weltfremd: wie soll eine moderne, differenzierte Industriegesellschaft ohne ein gewisses Maß an Autorität, hierarchischer Struktur, Bürokratie und Zentralismus lebens- und funktionsfähig bleiben? Auch hatte sich im Anarchismus unter den seinerzeit gegebenen historischen Bedingungen auch eine terroristische Schule entwickelt, die dem verhaßten Staat und seinen Repräsentanten mit Bomben- und Revolverattentaten zu Leibe rückte. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Anarchisten zwar den Stalinismus vorausgesehen haben, nicht aber Entwicklungen des Marxismus, wie wir sie in *Jugoslawien*, der *Tschechoslowakei* und im Denken so mancher Marxisten in Ost und West erlebten und erleben.

Trotzdem könnte eine intensivere Auseinandersetzung mit den Theorien der Anarchisten — bleibt man sich dieser Gefahren bewußt — durchaus ihre Früchte tragen. Sich vermehrt an einem anti-autoritären Denken zu orientieren, schadet uns allen nicht. Es waren Anarchisten, die — wie etwa *Proudhon* — als erste eine Theorie jener „gesellschaftlichen Selbstverwaltung“ ausgearbeitet haben, die — man denke an das jugoslawische Experiment, die Pläne der Tschechoslowaken, die Ereignisse in *Frankreich* — immer deutlicher als Grundgedanke eines modernen, freiheitlichen Sozialismus hervortritt. Diese Selbstverwaltung ist letztlich nichts anderes als eine Ausdehnung der direkten Demokratie auch auf den Bereich des Sozialen, der Wirtschaft und der Gesellschaft überhaupt.

Die Anarchisten bauen auf die schöpferische Kraft, die spontane Aktion, die gesellschaftliche Verantwortung des Individuums. Ihre Gesellschaftsordnung — denn Anarchismus bedeutet keineswegs Unordnung — ist auf dem Prinzip einer „Willensbildung von unten nach oben“ aufgebaut. Sie bekennen sich zum Prinzip des Mutualismus, d. h. der gegenseitigen Hilfe. Der bedeutendste Philosoph des Anarchismus, *Pierre-Joseph Proudhon*, hat ein umfassendes System der Gerechtigkeit entwickelt, das auf dem Glauben an die unantastbare Würde des Menschen aufbaut, und er hat — zum Teil inspiriert vom Vorbild der Schweiz — im Föderalismus das einzige Ordnungsprinzip gesehen, das im Innern der Staaten Freiheit und Selbstverwaltung und in der Völkergemeinschaft den Frieden garantieren kann. Während einige Anarchisten dem Terror huldigten, bekannten andere sich zu

jener gewaltlosen Aktion, die durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei so überraschend an Aktualität gewonnen hat. Alles in allem: entkleidet man den Anarchismus des Fanatismus vieler seiner Anhänger und behält man auch seine Fehlleistungen und Einseitigkeiten, seine Naivitäten und seine partielle Zeitgebundenheit im Auge, so bleibt noch genug übrig, das uns mithelfen kann, uns im Dschungel der soziopolitischen Diskussion der Gegenwart zurechtzufinden und konstruktive Gedanken für die Gestaltung einer weniger chaotischen und menschlicheren Zukunft zu entwickeln.

Dr. Arnold Künzli